



**Europäisches Medienrecht –
der NEWSLETTER**

Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel

**Ausgabe 1/2016
12. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden ersten Ausgabe des Newsletters im neuen Jahr wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

- den **Bericht** des **UN-Sonderberichterstatters** zum **Schutz** von **Whistleblowern**;
- das **Urteil** des **EGMR** zur **strafrechtlichen Verurteilung** eines **Journalisten** für das **Nichtbefolgen** eines **Platzverweises**;
- das **Urteil** eines **belgischen Gerichts** zur **Rechtswidrigkeit** des **Sammelns** von **Daten** von **Nichtmitgliedern** durch **Facebook**;
- das **französische Gesetz** zur Legalisierung der **Überwachung internationaler, elektronischer Kommunikation**;
- das **Urteil** eines **spanischen Gerichts** zur Erstreckung des **“Rechts auf Vergessenwerden“** auf **Online-Archive**;
- die **Diskussion** in **Lettland** über die Bedeutung von **gemeindeeigenen Newslettern** für die **Pressefreiheit**.

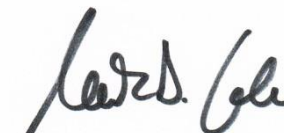
Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory

(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole

(Wissenschaftlicher Direktor)

Inhalt:

UN: SONDERBERICHTERSTATTER FORDERT DEN SCHUTZ VON WHISTLEBLOWERN.....	4
COE: DAS ERHEBEN VON ANSCHULDIGUNGEN OHNE JEDGLICHE ÜBERPRÜFUNG DES WAHRHEITSGEHALTS STELLT LAUT EGMR FAHRLÄSSIGES VERHALTEN DAR.....	5
COE: STRAFRECHTLICHE VERURTEILUNG EINES JOURNALISTEN AUFGRUND DES NICHTBEFOLGENS EINES PLATZVERWEISES STELLT KEINEN VERSTOß GEGEN ART. 10 EMRK DAR.....	6
COE: CONVICTION IN RELATION OF REPORTING ABOUT LOVE CHILD IS VIOLATION OF ART. 10 ECHR	8
BE: FACEBOOK DARF KEINE DATEN VON NICHT-MITGLIEDERN SAMMELN	9
DE: BGH ZUM PERSÖNLICHKEITSRECHT EINER MINDERJÄHRIGEN ÜBERWIEGT MEINUNGSFREIHEIT	10
DE: COURT NEGATES INJUNCTIVE RELIEF CONCERNING RESEARCH WORK	11
DE: OLG DÜSSELDORF BEJAHT ERSTRECKUNG EINER UNTERLASSUNGSVERPFLICHTUNG AUF LÖSCHUNG DES GOOGLE CACHES.....	12
DE: OLG FRANKFURT VERNEINT HAFTUNG VON DOMAIN-REGISTRIERUNGSUNTERNEHMEN FÜR RECHTSVERLETZUNGEN DURCH KUNDEN.....	13
DE: BUNDESTAG BESCHLIEßT ABSCHAFFUNG DES ROUTERZWANGS.....	14
DE: GERMANY’S NEXT TOP-MODEL VERSTÖßT NICHT GEGEN DEUTSCHES RECHT	15
ES: “RECHT AUF VERGESSENWERDEN” GILT AUCH GEGENÜBER ONLINE-ARCHIV	16
FI: REPORT ASSESSING THE FINNISH MEDIA MARKET.....	18
FR: DIE ENTSTELLUNG EINER OPER.....	20
FR: BILL ON INTERNATIONAL COMMUNICATIONS SURVEILLANCE	21
LV: DISCUSSIONS ABOUT MUNICIPAL NEWSLETTERS AND MEDIA INDEPENDENCE	22
RO: SOCIAL DEFAMATION ACT ADOPTED BY SENATE	24
UK: BERUFUNG WEGEN DIFFAMIERUNG GEGEN FACEBOOK UND GOOGLE ZURÜCKGEWIESEN	26
US: JAY-Z WINS COPYRIGHT LAW SUIT	27
US: STEP-BY-STEP RECIPES ARE NOT PROTECTED BY COPYRIGHT	28
US: NSA ORDERED TO STOP SURVEILLANCE OF ONE CITIZEN.....	29

UN: Sonderberichterstatter fordert den Schutz von Whistleblowern

Der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, David Kaye, hat seinen Bericht vom 8.09.2015 zum Schutz von Informanten und Whistleblowern veröffentlicht.

Als unabhängiger Experte wurde er vom UN-Menschenrechtsrat, einem Unterorgan der UN-Generalversammlung zum Sonderberichterstatter ernannt. Es ist seine Aufgabe Fragen und Probleme bezüglich des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu analysieren und darüber zu berichten. In seinem Bericht befasst er sich mit dem in Art. 19 UN-Menschenrechtscharta verbürgten Schutz von Informanten und Whistleblowern. Es ist der erste große UN-Bericht, der sich mit dieser Thematik befasst.

David Kaye betont in seinem Bericht die Bedeutung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen für die öffentliche Debatte in demokratischen Gesellschaften. In vielen Fällen wird der Zugang zu Informationen allein durch Informanten und Whistleblower gewährleistet. Sie verdienen deshalb den größtmöglichen gesetzlichen Schutz.

Jedoch würden viele Informanten und Whistleblower durch Staatsvertreter eingeschüchtert und dadurch davon abgehalten Informationen zu teilen. Es habe zwar viele positive Entwicklungen im Bereich der Gesetzgebung zum Schutz von Informanten und Whistleblowern gegeben, jedoch wiesen viele Gesetz große Lücken auf. Schweigen sei zu oft die einzige sichere Möglichkeit, die potentiellen Whistleblowern verbleibt, wodurch die Öffentlichkeit im Dunkeln gelassen und Fehlverhalten unbestraft bleibt.

Der Bericht enthält Richtlinien und Empfehlungen für Staaten und internationale Organisationen für den Umgang mit Informanten und Whistleblowern. Beispielsweise fordert der Bericht, dass nationale Gesetze im Einklang mit den Menschenrechten stehen und den Informantenschutz gewährleisten. Einschränkungen des Informantenschutzes sollten die absolute Ausnahme darstellen und unter einem Richtervorbehalt stehen.

Darüber hinaus fordert der Bericht, dass Politiker öffentlich den positiven Beitrag von Informanten und Whistleblowern für die Gesellschaft anerkennen.

Der UN-Bericht ist abrufbar unter:

http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/70/361

Gianna Iacino, LL.M.

CoE: Das Erheben von Anschuldigungen ohne jegliche Überprüfung des Wahrheitsgehalts stellt laut EGMR fahrlässiges Verhalten dar

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in dem Fall “Medžlis Islamske Zajednice Brčko and Others v. Bosnia and Herzegovina” (Application no. 17224/11) erging mit einer Mehrheit von vier zu drei Stimmen. Eine Verletzung der freien Meinungsäußerung aus Art. 10 EMRK konnte das erkennende Gericht nicht feststellen.

Im zugrundeliegenden Fall schrieben die Beschwerdeführer (allesamt Nichtregierungsorganisationen) im Mai 2003 an die obersten Behörden der Region Brčko in Bosnien-Herzegowina einen Beschwerdebrief über das Fehlverhalten einer Redakteurin der lokalen öffentlichen-rechtlichen Radiostation. Sie schrieben, dass nach ihnen vorliegenden Informationen, die Redakteurin durch abschätziges Verhalten gegenüber Bosniern und der bosnischen Kultur aufgefallen sei. Dies sei ihrer Meinung nach ein Ausschlussgrund, wonach die Redakteurin für die bevorstehende Wahl des Radio Direktors zu disqualifizieren sei.

Kurze Zeit später wurde der Brief in drei verschiedenen Tageszeitungen veröffentlicht. Im Nachhinein stellten sich die erhobenen Anschuldigungen als falsch heraus. Gegen die Veröffentlichung des Briefes in den Tageszeitungen ging die Redakteurin mittels einer zivilrechtlichen Verleumdungsklage gegen die Verfasser des Briefes vor. Sie verlor das Verfahren in erster Instanz. Im Berufungsverfahren stellte das Gericht dann fest, dass die späteren Beschwerdeführer aufgrund ihrer fehlerhaften Aussagen über die Redakteurin haftbar zu machen waren. Die Beschwerdeführer wurden angewiesen ihre Aussagen zu widerrufen und das Urteil auf ihre Kosten zu veröffentlichen um dem Rehabilitationsinteresse der Redakteurin Rechnung zu tragen. Die Beschwerdeführer sahen sich durch die Verurteilung in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt.

Eine Verletzung des Art. 10 EMRK durch die Entscheidung des nationalen Gerichts konnte der EGMR nicht feststellen. Zwar sei ein Zutun der Beschwerdeführer zur Veröffentlichung des Briefes in den Tageszeitungen nicht nachweisbar gewesen. Deshalb habe eine Abwägung des Reputationsinteresses der Redakteurin mit dem Recht der Beschwerdeführer auf Anzeigen von Unregelmäßigkeiten in Bezug auf öffentliche Ämter vorgenommen werden müssen.

Eine solche Abwägung hatten allerdings bereits die nationalen Gerichte im Verleumdungsprozess vorgenommen. Hierbei hatten diese zwischen nachprüfbaren Beweisen und Wertungen der Beschwerdeführer unterschieden. Das Berufungsgericht hatte nach mehreren Zeugenanhörungen die Überzeugung gewonnen, dass die Beschwerdeführer verantwortlich für die Verletzung der Rechte der Redakteurin waren. Aufgrund der ungenauen und falschen Angaben in Ihrem Brief sei ein falsches Bild über die Person der Redakteurin entstanden. Die Beschwerdeführer hatten diese Angabe ohne jegliche Überprüfung des Wahrheitsgehaltes in ihrem Brief übernommen. Es sei nicht ersichtlich, was die Beschwerdeführer an einer Überprüfung dieser Behauptungen gehindert haben könnte.

Dieser Auffassung schloss sich der EGMR an. Seiner Auffassung nach, hatten die Beschwerdeführer nachlässig hinsichtlich der ohne weiteres möglichen Überprüfung des Wahrheitsgehalts der Aussagen gehandelt. Nach Auffassung des EMRK hatten die nationalen Gerichte eine ausgewogene Abwägung der widerstreitenden Interessen der Verfahrensbeteiligten vorgenommen. Eine Verletzung des Art. 10 EMRK konnte demnach nicht festgestellt werden.

Die Entscheidung des EGMR ist in englischer Sprache abrufbar unter:
<http://www.bailii.org/eu/cases/ECHR/2015/873.html>

Ass. jur. Robin Zeiger arbeitet als Legal Affairs Manager bei der ZDF Enterprises GmbH.

CoE: Strafrechtliche Verurteilung eines Journalisten aufgrund des Nichtbefolgens eines Platzverweises stellt keinen Verstoß gegen Art. 10 EMRK dar

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in seinem Urt. v. 20.10.2015 (Application no. 11882/10) entschieden, dass die strafrechtliche Verurteilung eines Pressefotografen wegen Missachtung von polizeilichen Anordnungen bei einer Demonstration nicht gegen den Schutz der freien Meinungsäußerung aus Art. 10 EMRK verstoßen hat.

Im zugrundeliegenden Fall wurde der Pressefotograf Markus Pentikäinen während einer Demonstration im Rahmen eines "Asia-Europe-Meetings" im September 2006 in Helsinki festgenommen und verbrachte 18 Stunden in Polizeigewahrsam. Im Rahmen der Demonstration waren einzelne Demonstranten mit Gewalt gegen die anwesenden Polizisten vorgegangen. Die Polizisten vor Ort lösten die Kundgebung auf und sprachen für alle Demonstranten einen Platzverweis aus. Einige wenige verbleibende Demonstranten wurden eingekesselt und unter Androhung von Zwangsmaßnahmen und Festnahme erneut zum Verlassen aufgefordert. Hierunter befand sich auch der Beschwerdeführer selbst, der jedoch in seiner Tätigkeit als Pressefotograf vor Ort war. Da sich die eingekesselten Personen weigerten der Aufforderung der Polizei Folge zu leisten, wurden sie verhaftet und 18 Stunden in Polizeigewahrsam festgehalten. Der Beschwerdeführer gab sich erst in diesem Zusammenhang als Pressefotograf zu erkennen. Eine Erkennbarkeit anhand äußerer Merkmale war den Polizisten vor Ort nicht möglich. Der Fotograf war weder durch seinen Kleidungsstil, noch durch andere Erkennungsmerkmale als Mitglied des journalistischen Berufsstandes zuordenbar. Im anschließenden Gerichtsverfahren vor dem Bezirksgericht Helsinki wurde der Pressefotograf wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung schuldig gesprochen. In Ansehung seiner Stellung als Journalist wurde jedoch von der Verhängung einer Strafe abgesehen. Die hierauf von dem Beschwerdeführer eingelegte Berufung und Revision wurden zurückgewiesen.

In seiner Entscheidung vom 20.11.2015 hat der EGMR die Entscheidung des Bezirksgerichts und der Gerichte höherer Instanz bestätigt. Die Große Kammer ist der Ansicht, dass, entgegen der Ansicht des Ausgangsgerichts, zwar ein Eingriff in die Rechte des Beschwerdeführers stattgefunden hatte, dieser aber gleichwohl gerechtfertigt war. In ihrer Entscheidung betonte die Kammer die herausragende Rolle der Medien bei der Informationsvermittlung in Bezug auf das Verhalten der Behörden bei Demonstrationen und Ausschreitungen. Jeder Versuch Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern müsse daher einer strengen Kontrolle unterzogen werden. Dabei sei zu beachten, dass es weder in nationalen noch in internationalen Verhaltenskodizes für Pressemitglieder einen Hinweis in Bezug auf das Verhalten während Demonstrationen gäbe. Dies könne jedoch nicht dazu führen, dass die betroffenen Journalisten sich nicht an bestehende gesetzliche Vorschriften halten müssten. Vielmehr sei der Schutz des Art. 10 EMRK nur unter dem Vorbehalt gewährt, dass sich diese redlich verhalten. Dieser „verantwortungsvolle Journalismus“ sei dabei jedoch nicht nur Maßstab für den Inhalt der Information sondern auch für das Verhalten des Journalisten während seiner Tätigkeit. Es sei demnach nicht auszuschließen, so die Kammer weiter, dass Journalisten in einen Konflikt zwischen der Pflicht zu rechtmäßigem Handeln und ihrer beruflichen Aufgabe geraten könnten. Entscheide sich der Journalist aber für seine berufliche Aufgabe, so müsse er die strafrechtlichen Konsequenzen tragen.

Die Kammer kam zu dem Schluss, dass die nationalen Behörden einen angemessenen Ausgleich im Hinblick auf die widerstreitenden Interessen gefunden hatten. Insbesondere sei eine Berichterstattung auch nicht gänzlich ausgeschlossen gewesen, sondern lediglich unter Abwägung aller Interessen eingeschränkt gewesen. Jedoch habe der Beschwerdeführer weder während noch nach der Demonstration ein tatsächliches Hindernis bei der Ausübung seiner Arbeit hinnehmen müssen. Auch habe er sich bis heute keiner Strafandrohung ausgesetzt gesehen.

In einem abweichenden Sondervotum des isländischen Richters Silvis gab dieser jedoch zu bedenken, dass die vorliegende Entscheidung einen abschreckenden Effekt für journalistische Berichterstattung in ähnlichen Situationen haben werde. Er ist – wie auch drei seiner sich dem Votum anschließenden Kollegen – der Meinung, dass die Verhaftung gerechtfertigt war. Doch spätestens nachdem sich der Beschwerdeführer in seiner Funktion als Journalist zu erkennen gegeben hatte, hätte die Maßnahme beendet werden müssen.

Das Urteil des EGMR ist in englischer und französischer Sprache abrufbar unter:
<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-158279> und <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-158283>

Ass. jur. Robin Zeiger arbeitet als Legal Affairs Manager bei der ZDF Enterprises GmbH.

CoE: Conviction in relation of reporting about love child is violation of Art. 10 ECHR

The European Court of Human Rights (ECtHR) held unanimously, that there had indeed been a violation of the freedom of the expression according to Article 10 of the European Convention of Human Rights (ECHR). The case concerned the balancing of the protection of the right of freedom of expression of a press member and the right of the protection of privacy and the reputation and rights of others (case “Couderec and Hachette Filipacchi Associés v. France”, application no. 40454/07, 10 November 2015). The applicants are Anne-Marie Couderec, editor of the French magazine Paris Match and the Company Hachette Filipacchi Associés, publisher of the magazine. In May 2005, the British Daily Mail published claims that Prince Albert II of Monaco had a son with a woman called Nicole Coste. The article reproduced the main points of an interview by her due to be published by Paris Match. Prince Albert served a notice to Paris Match to refrain the magazine from publishing the interview. In spite of that notice, the interview was published. An article also appeared in the German magazine Bunte. This article revealed the existence of Prince Albert of Monaco’s illegitimate son, and included both photographs and interview material of and about the child’s mother and the child itself. Prince Albert claimed an infringement of his right to privacy and image rights. He contended that his rights outweighed the publisher’s right to freedom of expression according to Article 10 ECHR. In June 2005 the French Court Nanterre Tribunal de Grande Instance awarded Prince Albert 50.000 Euro in damages and ordered Paris Match to print details of the judgement in a full-page feature on the front cover of Paris Match under the headline “Court order against Paris Match at the request of Prince Albert II of Monaco”. The judgment was immediately enforceable. Alleging a violation of Article 10 ECHR, the applicants lodged an appeal on points of law, which was dismissed. The French Court of Appeal stated that a person’s affections, love life or family life and issues of paternity and maternity came within the sphere of private life and were protected by Article 9 of the French Civil Code and Article 8 ECHR, and that those provisions made no distinction between private persons and public figures. It concluded that the publication in question had caused the Prince irreversible damage regarding his paternity, which he had wished to keep secret.

In its decision, the European Court of Human Rights came to a rather different conclusion. In its view, the French rulings against Paris Match, in fact, constituted an unjustified limitation of the rights granted by Article 10 ECHR. The Chamber noted the obvious societal value in the freedom of expression, particularly in supporting an uncensored press. The Court stated that those in political positions had to display a greater tolerance. New weight was also placed upon the rights of Ms. Coste and her child, both of whom had a legitimate interest in having the child’s existence and paternity acknowledged publicly. To the extent that Ms. Couderc’s actions were intentional and could be viewed as merely an exploitation of her own Article 8 right to private and family life, the ECHR Chamber found it difficult to see how Prince Albert’s right must necessarily come up trumps. Therefore, the Court found that there has been a violation of Article 10 of the Convention. The applicants also stated that they hoped to obtain reasonable compensation which would compensate for the cost of the damages awarded and of the compulsory publication order imposed by the domestic courts. But it dismissed the applicants’ claim for just satisfaction.

The Judgement is available in English and at:

<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-158861>

The judgement is available in French language at:

[http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-](http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-158861#)

[158861#](http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-158861#){%22display%22:[%220%22],%22languageisocode%22:[%22FRE%22],%22appno%22:[%2240454/07%22],%22itemid%22:[%22001-158855%22]}

Ass. jur. Robin Zeiger works as a Legal Affairs Manager at ZDF Enterprises GmbH in Germany.

BE: Facebook darf keine Daten von Nicht-Mitgliedern sammeln

Das Surf-Verhalten von Internetnutzern, die keine Facebook-Mitglieder sind, darf von dem sozialen Netzwerk nicht mittels einer Datei („Cookie“) gespeichert werden. Das hat ein Belgisches Gericht am 09.11.15 durch noch nicht veröffentlichtes Urteil entschieden. Die Richter drohten dem Konzern mit einer Strafe von 250.00 Euro pro Tag, sollte er nicht binnen 48 Stunden auf das Urteil reagieren.

Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung war die Datei „datr“, die Facebook zahlreiche Daten über seine Mitglieder verschafft, aber auch Informationen von anderen Internetnutzern. Denn bei jedem Besuch der Facebook-Seite wird „datr“ auf dem Browser des Benutzers installiert. Von da an registriert die Datei jede vom Nutzer aufgerufene Webseite, die einen „Social Plug“ aufweist. Dabei handelt es sich um die „Gefällt mir“- und „Teilen“-Buttons, die auf unzähligen Seiten im Internet zu finden sind.

Dagegen hatte die belgische Datenschutzbehörde CPVP (Commission de Protection de la Vie Privée) geklagt. Die Datenschützer vertreten die Auffassung, die automatische Installation des Cookies ohne Zustimmung der Besucher verstoße gegen das belgische Datenschutzrecht. Gesetzeswidrig sei zudem der Umstand, dass „datr“ auch nach der Deaktivierung eines Facebook-Kontos noch zwei Jahre auf dem Computer installiert bleibe.

Der Sicherheitschef von Facebook, Alex Stamos, wies die Vorwürfe zurück und verteidigte den umstrittenen Cookie-Einsatz. Die „datr“-Datei diene dazu, die Sicherheit der Nutzer zu erhöhen. Denn damit könne Facebook maschinell gesteuerte Computer von menschlichen Nutzern unterscheiden. Maschinelle Rechner seien oft von Kriminellen darauf programmiert, Accounts zu knacken. Sie seien dank des Cookies erkennbar, weil sie unzählige Homepages in wenigen Minuten aufrufen. Davor wolle Facebook seine User schützen, so Stamos. Der Sicherheitschef betonte zudem, die gesammelten Daten könnten keinen Personen zugeordnet werden und würden nach zehn Tagen wieder gelöscht. Ein Verstoß gegen das irische Datenschutzrecht läge nicht vor, und nur darauf komme es an, weil sich die europäische Facebook-Zentrale in Dublin befindet.

Die belgischen Richter teilten diese Auffassung nicht: Das Speichern der Informationen durch das „datr“-Cookie ist danach illegal, zumal unklar bleibe, was genau mit den Daten bei dem weltgrößten Online-Netzwerk geschieht.

Eine Facebook-Sprecherin hat bereits angekündigt, dass das Netzwerk Berufung gegen das Urteil einlegen werde. Zur Begründung führte sie erneut Sicherheitsgründe an und das Argument, das Cookie können die gesammelten Daten nicht mit bestimmten Personen in Verbindung bringen.

Bereits im Oktober hatte der Europäische Gerichtshof das sogenannte „Safe Harbour“-Abkommen zur vereinfachten Übermittlung von Daten europäischer Nutzer in die Vereinigten Staaten gekippt. Zugleich ermutigten die EuGH-Richter nationale Datenschutz-Behörden, gegen eine ihrer Auffassung nach unzulässige Daten-Weiterleitung vorzugehen. Damit rückt aus Sicht von US-Konzernen ein von ihnen befürchteter Zustand näher, bei dem sie sich verstärkt mit Regulierern in den EU-Ländern auseinandersetzen müssen.

Ass. iur. Ingo Beckendorf

DE: BGH zum Persönlichkeitsrecht einer Minderjährigen überwiegt Meinungsfreiheit

Mit U. v. 15.09.2015 hat der BGH entschieden, dass es eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts einer Schülerin aus Art. 2 Abs 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG darstellt, wenn deren Verhalten in einer öffentlichen Publikation eines Lehrers beschrieben wird – Az.: VI ZR 175/14.

Im zugrundeliegenden Fall hatte eine Lehrerin ein Buch verfasst und hierin Vorgänge und Erlebnisse aus der Schule geschildert. In einem Teil des Buches befasste sie sich mit einer Schülerin, die die zweite Klasse überspringen wollte und deshalb probeweise am Unterricht der Drittklässler teilnahm. Die Lehrerin der Drittklässler nennt die Schülerin in ihrem Buch namentlich und beschreibt sie als „aufgeschlossenes Mädchen“, das allerdings noch zu unreif für eine Versetzung ins dritte Schuljahr ist. Dies habe sich daran gezeigt, dass sie ihren Klassenkameradinnen sozial unterlegen gewesen sei, worauf sie mit „Maulereien“ und „Beleidigt sein“ reagiert habe. Die Schreibleistung des Mädchens beschrieb die Lehrerin in dem Buch als langsam und ungenau, ferner beschrieb sie ausführlich, dass das Mädchen u. a. Probleme in Lesen, Rechnen und Englisch gehabt habe.

Nachdem mehrere Medien über das Buch berichtet hatten, klagte die Schülerin, vertreten durch ihre Erziehungsberechtigten, auf Unterlassung. Sie fühlte sich durch die Darstellungen von der Lehrerin als „Pseudo-Hochbegabte“ abgestempelt, die weder ausreichende Intelligenz noch soziale Eigenschaften besitze und machte eine Verletzung ihres Persönlichkeitsrechts geltend. Die beklagte Lehrerin führte aus, dass eine Persönlichkeitsrechtsverletzung nicht vorliegen könne, da die Geschehnisse zuvor bereits Gegenstand von Presseartikeln gewesen seien.

Der BGH gab der Klage statt und widersprach damit auch dem OLG Köln, welches als zuständiges Berufungsgericht eine Rechtsverletzung verneint hatte – U. v. 11.03.2014, Az.: 15 U 153/13. Trotz einer vorliegenden Schutzbedürftigkeit der Privatsphäre der minderjährigen Klägerin überwiege vorliegend das Recht der Beklagten auf freie Berichterstattung, da es sich um einen Sonderfall handele. So sei es zu Konflikten mit der Mutter der Schülerin gekommen, nachdem ihre Tochter das zweite Schuljahr überspringen wollte, ihr hierfür keine Genehmigung erteilt wurde und die Mutter daraufhin selbst Presseberichte über die Geschehnisse habe veröffentlichen lassen.

Dem vermochte der BGH nicht zu folgen. Er gab der Unterlassungsklage statt und räumte dem Schutz des Persönlichkeitsrechts der Klägerin somit Vorrang vor der Meinungsfreiheit der beklagten Lehrerin ein. Als Zwölfjährige habe sich die Schülerin zum Publikationszeitpunkt in einem besonders schutzwürdigen Stadium ihrer Persönlichkeitsentwicklung befunden. Die Schilderungen der Beklagten im Buch stellten einen erheblichen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht der Klägerin dar, der auch ihre kindgemäße Entwicklung gefährdet habe. Das Gericht folgte auch nicht der Auffassung der Beklagten, nach der das Buch in Ansehung der zuvor veröffentlichten Presseberichte keine Persönlichkeitsrechtsverletzung mehr dargestellt habe. Vielmehr stellten die Richter fest, dass die Informationen vor der Veröffentlichung des Buches gerade noch nicht einer breiten Öffentlichkeit bekannt gewesen seien. Auch das Verhalten der Mutter könne die Rechtsverletzung nicht rechtfertigen oder entfallen lassen. Die Beklagte hätte den Namen der Schülerin folglich schwärzen oder anonymisieren müssen.

Das Urteil des BGH ist abrufbar unter
<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&nr=72399&pos=0&anz=1>

Tobias Raab

DE: Court negates injunctive relief concerning research work

In its judgement of 13 October 2015, the Higher Regional Court of Hamburg (Oberlandesgericht Hamburg) decided that an injunctive relief concerning research work can only be granted within very narrow bounds (Case 7 U 4/12).

In the present case, there had been a conflict between a tenant and the manager of his apartment. In front of the recording camera, the tenant accused the manager of breaking into his apartment and causing a water damage in order to make him clear the apartment. Then, the camera team filmed the manager who made clear that he did not agree to the recording of the film footage. The team then stopped recording and explained to the manager that the footage might be broadcast on the very same day. After a written warning by the manager the broadcaster on whose behalf the footage was filmed made clear that he had no intension to broadcast the footage anytime soon.

Nonetheless the manager sought an interim injunction. The Court of first instance, the Regional Court of Hamburg (Landgericht Hamburg) issued the injunction. The Higher Regional Court, however, annulled the decision, stating that preventive legal protection such as an interim injunction required a risk of perpetration for the first time. As the footage had only been shot and there had not been any decision at all made on if and how it was going to be used, the Court could not see any risk of perpetration yet. Even if the broadcaster would have planned to use the footage as part of his TV program, this would not automatically mean that the manager's rights were going to be violated. In this case, for example his rights could be protected by making him unrecognizable or by presenting the tenant's statement as untrue.

Even though the manager did have a considerable interest in preventing the coverage, this interest did not outweigh the broadcaster's freedom of press, which also includes research work and collecting of information and footage. If journalists already had to be afraid of injunctive relieves just because of their research work, they would not be able to fulfil their function as watchdog anymore. The Higher Regional Court also stated that the sought interim injunction could only be justified in cases where the footage will be used to violate the appellant's rights with a probability bordering on certainty.

The decision of the OLG Hamburg can be found on

http://medienrecht-blog.com/wp-content/uploads/2015/12/OLG-Hamburg-7_U_4_12.pdf

Tobias Raab

DE: OLG Düsseldorf bejaht Erstreckung einer Unterlassungsverpflichtung auf Löschung des Google Caches

Mit U. v. 3.09.2015 hat das OLG Düsseldorf entschieden, dass die Unterlassungsverpflichtung hinsichtlich der Verwendung bestimmter Inhalte im Internet auch die Entfernung aus dem Google Cache umfasst – Az.: I-15 U 119/14.

Im vorliegenden Fall hatte sich der als Einzelhändler im Kraftfahrzeug-Bereich tätige Beklagte in einer Unterlassungserklärung dazu verpflichtet, es zu unterlassen, im Geschäftsverkehr mit dem Hinweis „TÜV-Sondereintragung“ für sich zu werben, soweit er diese Leistung mangels Zulassung nicht anbieten konnte. Zwar hatte er entsprechende Einträge auf seiner Internetseite zeitnah entfernt, jedoch stellte die Klägerin nach der Abgabe der Unterlassungserklärung noch fest, dass auf diversen Internetseiten, so auch bei den Ergebnissen des Suchmaschinenanbieters Google, weiterhin mit dem Hinweis „TÜV-Sondereintragungen“ für sein Unternehmen geworben wurde. Sie machte in der Folge einen sich aus der Unterlassungserklärung ergebenden Anspruch auf Zahlung einer Vertragsstrafe von 4.000 EUR gegen den Beklagten geltend.

Das OLG Düsseldorf gab der Klage statt und folgte damit der Rechtsauffassung des erstinstanzlich zuständigen LG Duisburg – U. v. 14.08.2014, Az.: 22 O 55/13. Nach Auffassung des Gerichts umfasste die Unterlassungserklärung auch die Pflicht, soweit dies möglich und zumutbar ist, bei Google auf eine Löschung des Werbeeintrages hinzuwirken, was auch die Entfernung aus dem Cache umfasse. Zwar müsse er als Schuldner grundsätzlich nicht für das selbständige Handeln Dritter einstehen. Der Beklagte müsse jedoch gerade dann, wenn deren Handeln ihm wirtschaftlich zugutekomme, auf Dritte einzuwirken versuchen, wenn er ernstlich mit einem Verstoß rechnen müsse und rechtlich und tatsächlich auf sie einwirken könne. Dies sei vorliegend der Fall gewesen. Dem Einwand des Beklagten, dass der Verstoß ohne sein Zutun erfolgt sei, folgten die Richter ausdrücklich nicht. Die Suchergebnisse beruhten letztlich auf den Einträgen, die der Beklagte auf seine eigene Internetseite eingestellt hatte. Er habe, so das OLG Düsseldorf, damit rechnen können und müssen, dass Google diese Einträge auffinden und im Rahmen seiner Suchergebnisse ausweisen würde. Durch die Information und Weiterleitung potenzieller Kunden sei ihm dieses Handeln auch wirtschaftlich zugutegekommen. Mit Abgabe der Unterlassungserklärung habe er sich auch dazu verpflichtet, unverzüglich eigene Recherchen hinsichtlich der Verbreitung seiner Werbeeinträge anzustellen und den Suchmaschinenanbieter zur Entfernung des streitgegenständlichen Eintrags aufzufordern. Dies wäre ihm auch möglich und zumutbar gewesen, da Google unstreitig ein Tool bereit hält, über welches man die Löschung von im Cache gespeicherten veralteten oder gelöschten Informationen beantragen und mit dem man ihre Anzeige unterbinden kann.

Mit seinem U. folgt das OLG Düsseldorf auch einer Entscheidung des OLG Celle vom 29.01.2015 – Az.: 13 U 58/14, in der dieses bereits geurteilt hatte, dass der Betreiber einer Internet-Seite, der eine Unterlassungserklärung abgibt, auch dafür sorgen muss, dass die zu unterlassende Handlung ebenfalls nicht mehr im Cache der Suchmaschine Google gefunden werden kann (MMR-Aktuell 2015, 367885).

Das Urteil ist abrufbar unter:

http://www.justiz.nrw.de/nrwe/olgs/duesseldorf/j2015/I_15_U_119_14_Urteil_20150903.html

Tobias Raab

DE: OLG Frankfurt verneint Haftung von Domain-Registrierungsunternehmen für Rechtsverletzungen durch Kunden

Mit B. v. 16.09.2015 hat das OLG Frankfurt entschieden, dass Domain-Registrare nicht im selben Maße für mögliche Rechtsverletzungen durch Kunden haften wie Host-Provider – Az.: 16 W 47/15. Im vorliegenden Fall ging es um die Rechtsfrage, ob ein Domain-Registrierungsunternehmen für Domain-Inhalte seiner Kunden mithaftbar ist. Das OLG Frankfurt verneinte dies und schloss sich damit im Ergebnis der erstinstanzlichen Entscheidung des LG Frankfurt v. 5.08.2015 – Az.: 2-03 O 306/15 – an.

Eine Haftung der Registrierungsunternehmen analog zu den Grundsätzen der Haftung von Host-Providern scheitere daran, dass Domain-Registrare ausschließlich die technische Reservierung und Verwaltung der Domains durchführten, jedoch keinen Einfluss auf die Seiteninhalte hätten. Zwar werde durch die Registrierung einer Domain in adäquat kausaler Weise dazu beigetragen, dass der Kunde über die Domain Persönlichkeitsrechtsverletzungen begehen könne. Domain-Registrare hätten jedoch lediglich dafür Sorge zu tragen, dass die technischen und administrativen Voraussetzungen für die Nutzung einer bestimmten Domain vorlägen und die Domain nutzbar sei. An der Speicherung der Inhalte und der Datenübermittlung als solcher sei ein Registrar nicht beteiligt. Insofern unterscheide sich auch seine Einwirkungsmöglichkeit erheblich von der eines Host-Providers. So könne ein Domain-Registrierungsunternehmen zwar die Domain komplett deaktivieren, dies hätte aber zur Folge, dass neben rechtswidrigen Seiteninhalten auch zulässige Inhalte nicht mehr abrufbar seien. Host-Provider könnten hingegen üblicherweise gezielt auf Inhalte, die unter einer bestimmten Internetadresse aufrufbar sind, Einfluss nehmen, rechtswidrige Inhalte ihrer Kunden sperren und so die Rechtsverletzung beenden. Deshalb seien Host-Provider nach den Grundsätzen der Störerhaftung unter gewissen Umständen auch für Rechtsverletzungen ihrer Kunden verantwortlich und haftbar.

Da rechtliche Wertungen und komplexe Güterabwägungen, wie sie bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen häufig vorzunehmen seien, von Domain-Registraren nicht erwartet werden könnten, müsse ihre Haftung nach Ansicht des OLG Frankfurt eher der eines Access-Providers gleichen, der seinen Kunden als rein technischer Dienstleister Zugang zum Internet ermöglicht. Domain-Registrierungsunternehmen träfen insofern nur eingeschränkte Prüfpflichten, die nur dann zur Handlung verpflichteten, wenn eine Rechtsverletzung offensichtlich und ohne großen Aufwand feststellbar sei.

Der Beschluss ist abrufbar unter:

<http://www.telemedicus.info/urteile/Internetrecht/1630-OLG-Frankfurt-a.M.-Az-16-W-4715-Massstaebe-der-Stoererhaftung-von-Host-Providern-koennen-nicht-auf-Registrare-uebertragen-werden.html>

Tobias Raab

DE: Bundestag beschließt Abschaffung des Routerzwangs

Der Deutsche Bundestag hat am 5.11.2015 einstimmig einen Gesetzentwurf beschlossen, der es Internet Providern künftig untersagt, ihren Kunden die Nutzung eines bestimmten Endgerätes vorzuschreiben (BT-Drucks. 18/6280). Der Vorlage stimmten neben den Regierungsfractionen der Großen Koalition auch die Abgeordneten der Opposition zu.

Die Abschaffung des Routerzwangs war von CDU und SPD bereits 2013 im Koalitionsvertrag als gemeinsames Ziel vereinbart worden, es hatte jedoch wiederholt Beratungsbedarf gegeben. Zunächst wollte man das Ziel einer freien Routerwahl durch die Verbraucher über die Transparenzverordnung der Bundesnetzagentur erreichen. Die hierzu erforderliche Festlegung des Netzabschlusspunktes, der nach dem neuen Gesetzestext nun als ein „passiver Netzabschlusspunkt“ definiert ist, machte jedoch eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erforderlich. Da der Netzabschlusspunkt künftig in der Anschlussdose an der Wand bestehen wird, fallen hieran angeschlossene Router oder andere Geräte nun nicht mehr in die Hoheitssphäre der Provider. Die Zugangsdaten sind den Kunden künftig bei Vertragsschluss unaufgefordert und kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Um zu verhindern, dass Netzbetreiber den Anschluss anderer Router verweigern, wurde außerdem das Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen (FTEG) geändert. Netzbetreiber müssen der Routerwahl damit zustimmen, sofern alternative Router ihren „bestimmungsgemäßen Zweck“ erfüllen.

Für Netzbetreiber wird sich mit den Gesetzesänderungen der Aufwand erhöhen, da ihre Mitarbeiter nun nicht mehr nur einige wenige Router kennen müssen. Außerdem konnten sie bislang eine auf ihre Router zugeschnittene Sicherheitssoftware entwickeln und zentral updaten, was bei einer größeren Routervielfalt in Zukunft so nicht mehr möglich sein wird. Den Bedenken hinsichtlich einer Netzbeeinträchtigung durch inkompatible Router begegnete die Bundesregierung mit einem Verweis auf die gesetzlichen Vorgaben für Endgeräte, zu welchen auch Sicherheit und Funktionalität gehörten. Das Gesetz, das vielen Kunden künftig eine Wahlfreiheit hinsichtlich der Endgeräte gibt und so die Nutzung von Routern mit mehr Funktionalität ermöglichen wird, soll sechs Monate nach seiner Verkündung in Kraft treten. So sollen die Netzbetreiber ausreichend Zeit erhalten, die erforderlichen technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu treffen. Der Gesetzgeber erhofft sich durch die Änderungen einen verstärkten Wettbewerb, der auch dazu führen soll, dass der Gefahr flächendeckender Sicherheitslücken insofern vorgebeugt wird, als dass Anbieter immer sicherere Router anbieten müssten, um auf dem Markt bestehen zu können. Ferner sieht man in dem Vorhaben eine Stärkung der Verbraucher, die künftig jederzeit die Hoheit über die Endgeräte in ihrem privaten Netz besitzen werden.

Einem Inkrafttreten des Gesetzes ist nun noch die Beteiligung des Bundesrates vorgeschaltet. Dieser hatte sich im September mit Prüfbitten bereits kritisch mit den Plänen zur Abschaffung des Routerzwangs auseinandergesetzt. Da es sich allerdings vorliegend um ein Einspruchsgesetz handelt, ist die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich. Die Länderkammer könnte das Vorhaben somit lediglich verzögern.

Die Drucksache ist abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/062/1806280.pdf>

Tobias Raab

DE: Germany's Next Top-Model verstößt nicht gegen deutsches Recht

Die Fernsehsendung „Germany's Next Top Model“ (GNTM) des Privatsenders ProSieben verstößt nicht gegen die Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV). Zu diesem Ergebnis kam ein Gremium der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), nachdem es sich eingehend mit den Inhalten der TV-Sendung befasst hatte. Grund hierfür war eine Studie des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), das dem Bayerischen Rundfunk in München unterstellt ist, und des Bundesfachverbands Essstörungen. Für die Studie wurden 241 Patienten zur Rolle von Fernsehsendungen im Kontext von Essstörungen wie Magersucht und Bulimie befragt. Fast ein Drittel der Betroffenen sagte, die Sendung sei entscheidend für die eigene Krankheitsentwicklung. Ein weiteres Drittel sah zumindest einen „leichten Einfluss“ der Show auf ihre Krankheit. Zudem gab es Zuschauerbeschwerden, die eine mögliche Förderung von Magersucht durch das Format bemängelten.

Das KJM-Gremium prüfte daher mehrere Folgen der vergangenen zehnten Staffel und kam zu dem Schluss, dass die Show gemessen an den Bestimmungen des JMStV keine Entwicklungsbeeinträchtigung verursacht. Zur Begründung führten die Jugendschützer aus, dass kritische Kommentare in der Sendung, die sich auf das Körpergewicht der Teilnehmerinnen bezogen, stets mit den beruflichen Anforderungen eines Modells begründet worden seien. Auch habe Heidi Klum als Leiterin der Show den Nachwuchs-Modells stets verdeutlicht, dass Hungern nicht der richtige Weg sei. ProSieben hatte darauf verwiesen, was Heidi Klum in der Sendung sagte: „Gesunde Ernährung und Sport sind wichtig für den Beruf eines Modells. Gesunde Ernährung und Sport sind wichtig, wenn man in Schule, Wettkampf oder Beruf gefordert wird.“ Die Kommission der Jugendschützer bemängelte zwar das in der Show dargestellte kritikwürdige Schlankheitsideal der Modelberufswelt, sah aber im Ergebnis keine Beeinträchtigung oder Gefährdung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) ist die zentrale Aufsichtsstelle für den Jugendschutz im privaten bundesweiten Fernsehen sowie im Internet. Ihre Aufgabe ist es, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen zu sorgen und im Rahmen der regulierten Selbstregulierung die Selbstverantwortung der Anbieter zu fördern, online ist die Kommission unter www.kjm-online.de zu finden.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist abrufbar unter:

<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=JMedienSchStVtrG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>

Ass. iur. Ingo Beckendorf

ES: “Recht auf Vergessenwerden” gilt auch gegenüber Online-Archiv

Betreiber von Online-Nachrichtenarchiven können unter bestimmten Voraussetzungen aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dazu verpflichtet werden, Vorkehrungen zu treffen, um die Auffindbarkeit von Archivbeiträgen als Ergebnis einer Namenssuche bei Suchmaschinen zu erschweren. Das hat der spanische Oberste Gerichtshof (Tribunal Supremo) mit U. v. 15.10.2015 entschieden.

Ergibt eine Abwägung, dass die Rechte auf Ehre, Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten andere Interessen überwiegen, muss der Betreiber die Indexierung seiner Webseiten durch Suchmaschinen verhindern und den Betroffenen identifizierende Daten aus den Nachrichtenartikeln für die Nutzung sperren. Das Gericht stützte sich in seinem Urteil maßgeblich auf die Abwägungskriterien, die der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in seiner historischen Entscheidung zu einem insoweit ähnlich gelagerten Fall hinsichtlich der Pflichten des Suchmaschinenbetreibers herausgearbeitet hatte (Rs. C-131/12 - Google Spain; vgl. ZD 2014, 350).

In dem Verfahren ging es um einen Artikel einer großen spanischen Tageszeitung über die Festnahme in den 1980er Jahren von zwei schwer drogenabhängigen Personen, denen Straftaten im Zusammenhang mit Drogenhandel vorgeworfen worden waren. Der Artikel war kurz nach den Ereignissen zunächst in der Druckausgabe der Zeitung erschienen. Seit 2007 gewährt das herausgebende Unternehmen der Öffentlichkeit auch online Zugang zu seinem digitalen Nachrichtenarchiv. Dadurch wurde auch der fragliche Artikel aus dem Internet abrufbar. Das Unternehmen verhinderte nicht durch technische Vorkehrungen, dass die Inhalte der betreffenden Seite, einschließlich der Namen der beteiligten Personen, durch Suchmaschinen indexiert werden konnten. Vielmehr war die Indexierung durch weitere Maßnahmen im Quelltext der Seiten, insbesondere die Nennung der Namen als Schlagwörter und die Verwendung bestimmter Meta-Tags, sogar besonders erleichtert worden.

Die beiden festgenommenen Personen, über die in dem Artikel berichtet wurde, wurden später wegen Rauschgiftschmuggels verurteilt und entwickelten nach Abbüßung ihrer Strafe und der Überwindung ihrer Sucht ein normales Privat- und Berufsleben. Nachdem der Artikel im Online-Archiv zu finden war und bei einer Namenssuche in großen Suchmaschinen unter den ersten Treffern angezeigt wurde, verlangten sie die Entfernung jedes Personenbezugs in dem Artikel und das Treffen von technischen Maßnahmen, um die Verbreitung als Ergebnis einer Namenssuche in Suchmaschinen zu verhindern.

Die Gerichte der ersten beiden Instanzen gaben diesem Begehrt im Wesentlichen statt und begründeten dies damit, dass die Verbreitung die Rechte auf Ehre, Privatsphäre und Datenschutz verletze. Die Betroffenen seien keine Personen des öffentlichen Lebens und hätten ihre Suchtprobleme mittlerweile bewältigt. In der Abwägung müssten daher ihre Rechte gegenüber der Informationsfreiheit und dem wirtschaftlichen Interesse des Verlags den Vorrang haben. Der Artikel könne daher zwar weiterhin im Online-Archiv vorgehalten werden, allerdings müsse verhindert werden, dass die relevanten personenbezogenen Daten im Quelltext der Seite durch Google indexiert würden und der Artikel bei einer Namenssuche bei Google angezeigt werde. Darüber hinaus wurde der Verlag zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 7.000 EUR verurteilt.

Der Tribunal Supremo hielt im Kassationsverfahren zwei der Anordnungen des Berufungsgerichts – die Entfernung sämtlicher personenbezogener Daten und insbesondere der Namen der Klageparteien aus dem Quelltext sowie das Verbot einer Aufnahme der Daten in den internen Suchindex des Online-Archivs – für nicht geboten. Im Übrigen bestätigte er jedoch die Urteile der Vorinstanzen mit ähnlicher Begründung.

Auf zwei Punkte wies der Gerichtshof dabei besonders hin: Zum einen rechtfertige die Tatsache, dass Daten im Netz Millionen von Nutzern weltweit und über unbestimmte Zeiträume hinweg zum Abruf stünden, die unterschiedliche Behandlung von Online-Archiven gegenüber gedruckten Presseerzeugnissen. Denn der Eingriff in Grundrechte, insbesondere das Recht auf Privatsphäre, sei wegen dieser umfassenden Verfügbarkeit bei einer Online-Bereitstellung ungleich größer. Zum anderen betonte der Gerichtshof – im Einklang mit dem o. g. U. des EuGH zu Google Spain – den Zeitfaktor: Das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit müsse bei der Abwägung gegenüber den Rechten der Klageparteien zurücktreten, wenn die Ereignisse, über die der Artikel berichtet, wie hier, schon lange zurücklägen.

Das U. des Tribunal Supremo v. 15.10.2015, ECLI:ES:TS:2015:4162, ist abrufbar (auf Spanisch) unter:

<http://www.poderjudicial.es/search/indexAN.jsp>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

FI: Report assessing the Finnish media market

A Working Group for assessing the Finnish media market was set up by the Minister of Transport and Communications, Anne Berner, in the beginning of August 2015. The Working Group was led by professor Anssi Vanjoki, a former Nokia director, while other members included executive Mikael Jungner, a former director of the Finnish Public Service Broadcaster (PSB), Yleisradio (Yle), writer Kalle Isokallio, a former Nokia executive, and journalist Reetta Meriläinen, a former editor in chief of a major Finnish newspaper, *Helsingin Sanomat*. In early December, the Working Group presented its report (2/2015) whereby it generates ideas and proposed action in the field. The Working Group derives its findings from previous reports, international and European material as well as hearings and statements of various stakeholders, as noted in the report (pp. 2-3).

The report promotes a market-driven approach with a focus on consumer choice. It also speaks for technology neutrality while media policy should safeguard a fair competitive environment. This stance is also deemed as a key factor with regard to free speech and media pluralism. In a similar vein, the report calls for uniform regulation, including in the fields of various licenses and copyright, whereas state aid should not be used to counter the changes in the media field. Regional and local newspapers could benefit from a national digital news service and shared database. (2/2015, pp. 2, 5-6 ff., 13-14)

The report builds on the notion of digitalization and notes the main changes it has induced in the information and communications sector. In this context, the report refers to globalization and the emergence of a world-wide market for content services and production while social media has also contributed to changes in media-related behaviors. Thereby, the national media market faces both internal and external competition. Alongside these developments, public service broadcasting has been accused of distorting competition. The importance of national media for democracy is, however, acknowledged. Furthermore, the report calls for a level global playing field; as a particular area, utilization of data analytics by national and European media should be possible. (2/2015, pp. 2, 6-8)

With regard to specific issues, the report notes that ‘must carry’ obligation for commercial channels may be removed so as to render such retransmission a contract-based activity. Moreover, the report notes an uneven applicability of advertising regulation in the converged, global environment. Deregulation is called for alongside abolishing sector-specific rules. National legislation should correspond the minimum levels defined in relevant directives (AVMSD). The value added tax for digital media content should also be levelled with print. These latter issues are to be promoted at EU level. Finally, flexibility of the copyright regime is brought to the fore; on one hand, direct contracting should be enabled but on the other hand, centralized acquisition of rights should be possible. Freedom of contract is promoted alongside technology neutrality. Reutilization of Yle content and archives, also by the commercial media, must be enabled. (2/2015, pp. 6-7, 10-12)

The report further notes that the Finnish PSB, Yle, must be subjected to increased outsourcing and competitive tendering; compared to the current situation, Yle should act more as a distributor and a national content platform sharing resources and acquiring more content from independent producers. This would be achieved by gradually increasing the portion of acquired content by 2020. Corresponding obligations could be included in the Act on Yleisradio. Moreover, the company should be supervised in a more efficient and independent manner. The report states that not only the governance and supervision but also the tasks of Yle must be defined more clearly. In this regard, the Working Group proposes that the Parliamentary Working Committee, set up at the turn of November 2015, embarks on the mission for clarification. (2/2015, pp. 6, 8-10) During its term until the end of May 2016, the Parliamentary Working Committee assesses PSB, the meaning and financing thereof, as well as the scope of the public service remit.

The report (2/2015) concerning the media market was both hailed, analyzed, and criticized by individuals, the media, and by the Union of Journalists in Finland (UJF). With regard to value added taxation, the UJF notes its previous statements tangential to the findings of the report. However, the UJF expressed concerns about copyright and for its part favors regulation of minimum terms for copyright assignments. Moreover, the UJF noted that the traditional press seemed to have been forgotten by the Working Group. In addition, the strong market-driven approach cannot be applied exclusive in the media sector since the media perform democratic functions as well and serve free speech in the society. (UJF news) As regards news coverage and responses from the Yle side, a green light was given to deregulation and cooperation in the media field. In contrast, critical notes were made against decision-making which promotes the interests of producers and private companies – where it should safeguard the public interest.

Pätevät pärjäävät – Kotimaisia mediamarkkinoita arvioivan työryhmän raportti [Survival of the Fittest – Report of the Working Group Assessing the national media market]. Liikenne- ja viestintäministeriö, raportit ja selvitykset 2/2015:

<http://www.lvm.fi/documents/20181/514507/Raportit+ja+selvitykset+2-2015/032b6455-2e62-4b55-af49-62c2f2caa772?version=1.0>

UJF news: Mediatyöryhmän raportti: digimarkkinoille porkkanaa, Ylelle keppiä [Report of the Working Group on Media: carrots for the digital market, sticks for Yle]:

<http://www.journalistiliitto.fi/uutiset/mediatyoryhman-raportti-digimarkkinoille-porkkanaa-ylle-keppia/>

For the UJF, see

<http://www.journalistiliitto.fi/in-english/about/>

For media coverage around the subject, see e.g.:

<http://www.marmai.fi/uutiset/journalistiliitto+yle+sai+keppia+tyoryhma+unohti+perinteisen+lehdiston/a2331202>

http://yle.fi/uutiset/berner_paatoksia_tarvitaan_jo_syksyn_aikana_ylen_asioita_pohtiva_tyoryhma_aloittaakin_toimintansa_jo_ensi_viikolla/8381155

http://yle.fi/uutiset/mediatyoryhma_rukkaisi_veroja_ja_maarittaisi_ylen_tehtavat_tarkemmin/8508618

http://yle.fi/uutiset/ylen_kivinen_tyoryhman_ehdotuksessa_paljon_hyvaa/850945

<http://www.mtv.fi/uutiset/kotimaa/artikkeli/tyoryhma-ylen-verkkopalvelu-avoimeksisialtoalustaksi/5598038>

http://www.iltalehti.fi/uutiset/2015120720795673_uu.shtml

<http://www.hs.fi/talous/a1438566933060>

LL.D Anette Alén-Savikko, Faculty of law/University of Helsinki

FR: Die Entstellung einer Oper

Mit U. v. 13.10.2015 hat das Pariser Berufungsgericht festgestellt, dass die Aufführung der Oper *Le Dialogue des Carmélites* (Gespräche der Karmelitinnen) inszeniert von Dimitry Chernyakov für die Bayerische Staatsoper eine Verletzung der Urheberpersönlichkeitsrechte des Komponisten und des Autors darstellt.

Die Erben der beiden Künstler hatten Klage u.a. gegen den Regisseur und das Land Bayern als Träger der Bayerischen Staatsoper wegen der Verletzung von Urheberpersönlichkeitsrechten erhoben. Ihrer Meinung nach stellte die Inszenierung Chernyakovs, insbesondere die veränderte Darstellung der letzten Szene, eine Entstellung des Werkes dar. Im Gegensatz zur ursprünglichen Oper spielte die Aufführung nicht während des französischen Revolution, sondern in der heutigen Zeit. In der ursprünglichen Oper werden die Karmelitinnen in der letzten Szene der Reihe nach mit der Guillotine hingerichtet. In der streitgegenständlichen Aufführung werden sie jedoch vor dem Tod bewahrt.

Das Gericht erster Instanz wies die Klage ab. Das Berufungsgericht gab der Klage jedoch statt. Es stellte fest, dass der Direktor zwar gewisse künstlerische Freiheiten bei der Inszenierung der Oper genießt, diese Freiheit jedoch auch Grenzen kennt. Der Regisseur habe zwar die Thematik der Oper, nämlich Hoffnung und Martyrium, wiedergegeben, jedoch habe die Aufführung das von den Urhebern bezweckte Ende und den Höhepunkt der Oper so sehr verändert, dass die Inszenierung den Geist des Werkes verfälscht. Der Verkauf der DVD der Oper wurde in Frankreich verboten.

Das Urteil des Pariser Berufungsgerichts vom 13.10.2015 ist in französischer Sprache abrufbar unter:

<http://de.scribd.com/doc/286426927/Jugement-de-la-cour-d-appel-du-tribunal-de-grande-instance-de-Paris-13-octobre-2015#scribd>

Gianna Iacino, LL.M.

FR: Bill on International communications surveillance

Only a few days before the series of coordinated terrorist attacks that occurred in Paris and its northern suburb, Saint-Denis, on 13 November 2015, the French Government decided to legalize the surveillance of international electronic communications by French intelligence services with the adoption of a new Bill on international surveillance.

Once again, the government initiated a fast-track procedure as it did for the adoption on the Bill on Intelligence. Consequently, less than two months were necessary to adopt the final text: adopted at first reading by the National Assembly on 1 October 2015, the Parliament adopted the final text approved at the end of the joint committee debate held on 5 November 2015.

The purpose of this Bill is to legalize existing practices of international communications surveillance by creating a specific legal framework. International communications may be described as communications with at least one end transmission or reception located beyond French borders. The Prime Minister or his delegates shall deliver a prior authorization to the intelligence services to monitor such communications. Unlike the security interception, there is no need to obtain a prior approval from the newly created French Authority of control, the Commission Nationale de Contrôle des Techniques de Renseignements (CNCTR), in addition to the Prime Minister's authorization. Once the authorization is delivered, intelligence services may monitor both connection data (containers) and correspondence (content).

These provisions were originally introduced in the French Bill on intelligence adopted this year in reaction to the *Charlie Hebdo* attacks on 7 January 2015, but had been rejected this summer by the Constitutional Council of France, the highest constitutional authority in France (*Conseil Constitutionnel*), which is in charge of ensuring that the principles and rules of the constitution be upheld (ZD-Aktuell 2015, 04739).

In its decision, the Constitutional Council highlighted a "negative incompetence of the legislator", meaning that the legislator provided the enactment of certain rules governing the technique of surveillance to the regulatory power whereas such determination was entrusted solely to the law. It is interesting to note that the ground for the censorship was not an infringement of rights and freedoms guaranteed by the Constitution. However, the new Bill on international surveillance is highly criticized by several human rights associations as it is seen as legalizing mass surveillance.

Seized on 12 November 2015, the Constitutional Council shall verify the conformity of the new provisions with the supreme norm, the Constitution, before its entry into force.

The new Bill on international surveillance is available in French language at:

http://www.assemblee-nationale.fr/14/dossiers/surveillance_communications_electroniques_internationales.asp

Further information on the French Bill on Intelligence can be found in English language:

Élisabeth Quillatre, The new Bill on intelligence: toward a French Patriot Act Act II ?, EDPL (European Data Protection Law Review) Volume 1 Number 2

Elisabeth Quillatre is a legal advisor in Data Protection and IT Digital law. She obtained her law degree from Sorbonne Law School in 2007 and is teaching regularly in the same university.

LV: Discussions about Municipal Newsletters and Media Independence

Within the last year, in Latvia there have been numerous debates on the rights of local governments to publish their newsletters with editorial content and paid advertisements. The local governments are referring to their duty to provide information to their municipalities, but journalists and media are worried about the potential impact to free competition and media independence. The response from public and legal authorities so far has been contradictory.

According to the Law on Local Governments, the municipalities have a general duty to inform the inhabitants of the respective municipality on the decisions and binding regulations adopted. The information may be provided either in the municipal webpage, or a printed newsletter, or by acquiring space in a local newspaper. Many municipalities have chosen to have a printed newsletter.

In practice many of these newsletters provide information not only on the news and official decisions of the local government, but also editorial content: interviews (both with officials of municipalities and otherwise noteworthy local people); articles and reports on events within the municipalities; even travel stories and reports on local sports events. Thus, in fact, these municipal newsletters may look the same as local independent newspapers and offer largely the same content. Some of the municipalities have taken this even further and established a local newspaper, registered in the Registry of Mass Media (maintained under the Ministry of Justice and the Company Register). In these cases the respective local government is registered as the publisher in the Registry, and the editors and contributors to the content of the newspaper are usually employees of the local government. Such local newspapers established by the municipalities may also sell advertising space, and offer paid subscriptions as any other newspaper. In practice the subscription prices and advertising prices are much lower than those offered by local competing independent newspapers.

Independent journalists, privately owned media and their associations have expressed concerns on the above practice of the local governments. They argue that local newspapers established and published by local governments run contrary to the core principle of media freedom – the independence of media. If the newspaper is established and published by the local government, and the editors are employees of the local government, they may be bound by instructions and directions of the local government. It is also explicitly stated in some of the rules of operation of such local newspapers that the editors are bound by the instructions of the mayor and executive director of the local newspaper. In practice, it can also be observed that these newspapers tend to be positively inclined to the activities of local government: there has been research that they often portray the activities of local governors, include flattering interviews, and are not active in expressing critique of municipal decisions or activities.

It should be noted though that the Latvian Law on Press and Other Media is quite vague on this issue. There is a general principle which stipulates that the editor of the mass medium must be editorially independent. On the other hand, the law also provides that any natural or legal entity may be the publisher of a newspaper. Thus, at least formally, the local governments are not violating the law when establishing their own newspapers. So far the Registry of Mass Media has also accepted such registrations. The local governments are referring to their freedom of speech and are arguing that they have rights to publish their own newspapers just as any other person.

Some of Latvian public authorities have joined the concerns of independent journalists, most notably, the head of the Latvian Competition Council. He has publicly stated that the municipal newspapers provide unfair competition to the private local newspapers. According to the Competition Council, the municipal newspapers receive funding from the local government, and thus, are able to provide subscription and advertising prices below the market level. As a consequence, they are endangering the existence of independent local newspapers. Enforcement of the prohibition of unfair competition is a private action in Latvia, which means that the party who considers itself to

be affected by unfair competition may raise a claim against the infringing party at the general jurisdiction court.

In addition, the Competition Council had indicated that the publishing of a local newspaper is in fact a commercial activity, and the State Administration Structure Law provides restrictions on such activities. Actions of governments, including local governments, which violate any law and provide harm to individuals, may be challenged in the Administrative Court. However, up to now nobody has legally challenged these practices of local governments, thus there is no judicial assessment of the situation available yet.

In September 2015, also the Ministry of Culture has stated that certain restrictions should be introduced, at least with respect to the rights to publishing advertising. The Ministry has offered to develop such proposals within the Guidelines for Latvia Media Policy for the years 2016 to 2020, which is still in development, thus any definite solutions are not yet visible.

Law on Local Governments (*Pašvaldību likums*) is available in Latvian language (with English translation) at

<http://likumi.lv/doc.php?id=57255>

Law On the Press and Other Mass Media (*Par presi un citiem masu informācijas līdzekļiem*) is available in Latvian language (with English translation) at

<http://likumi.lv/doc.php?id=64879>

State Administration Structure Law (*Valsts pārvaldes iekārtas likums*) is available in Latvian language (with English translation) at

<http://likumi.lv/doc.php?id=63545>

Ieva Andersone, LL.M (Cantab.), SORAINEN, Latvia

Disclaimer: SORAINEN is advising the Latvian Association of Journalists on the potential legal actions to address the situation.

RO: Social Defamation Act Adopted by Senate

On 7 October 2015, the Senate (upper Chamber of the Romanian Parliament) adopted the Act on Social Defamation, initiated by the Member of Parliament Liviu Dragnea, President of the Social Democratic Party, *PSD*, former main ruling party in Romania. The Act has to be discussed and voted by the lower Chamber of the Parliament, the Chamber of Deputies. According to art. 1 d of the Act, social defamation is an act or an allegation that puts a person in a position of inferiority on the grounds of belonging to a particular social group.

According to art. 17 of the Act, the audiovisual public services (Romanian Television and Romanian Radio Broadcasting Company) will include in their schedules programmes to promote tolerance towards group differences that will represent minimum 1% of the total broadcasting time of each television/radio station they administrate. Art. 18 of the Act stipulates that in the National Council for Combating Discrimination (CNCD) will be established the Department for the Promotion of Human Dignity and Tolerance, led by the Vice-President of the CNCD. The Department will develop and annually update guides of good practices for the promotion of human dignity and tolerance for group differences, aimed to civil servants, mass-media and teachers. The Department will also develop and manage programs and specific briefings about human rights and tolerance for group differences for the employees in public administration, police, army and the devolved structures of the ministries and will find and notify the public institutions in the area which do not perform their duties established by this Law. At the same time, teachers should receive training on the subject and schools should adopt an annual plan for the implementation of actions to combat discrimination. Competitions for vacant public functions shall also include the assessment of the knowledge pertaining to human dignity, combating discrimination, equal opportunities and promoting tolerance for group differences. The performance appraisal of civil servants will contain at least one criterion on the promotion of human dignity and tolerance for group differences.

Art. 19 (1) of the Act on Social Defamation provides measures against breaches of the Act: social defamation is sanctioned with a fine of 1,000 to 30,000 lei (~EUR 220 to 6,665) if it concerns a natural person or a fine of 2,000 to 60,000 lei (~EUR 440 to 13,330) if perpetrated against a social group. According to the initiator, the Act intends to introduce and promote social behaviors and attitudes based on the principles of human dignity and of tolerance associated to social groups.

The Act is meant for the introduction of proactive mechanisms for promoting tolerance and combating discrimination, considers Mr Dragnea. On the contrary, more Liberal politicians as well as NGOs and more freedom of expression experts vividly criticized the Act, considering that the Law is a masked project against the freedom of media, especially the mass-media writing about political corruption. The experts believe that the Act is against mass-media and anyone who expresses its views in the public space, because it introduces in Romania a more than exaggerated version of politically correctness. Tolerance cannot be imposed in coercive manner, consider the opponents of the Act. The experts also consider the distinction between the dignity of an individual and the dignity of a social group as unjustified and think the existing legislation in the field is more clear and comprehensive than the new Act and it would be enough to put it into practice in a correct manner.

The Propunere legislativă privind promovarea demnității umane și toleranței față de diferențele de grup – forma adoptată de Senat (Draft Law on the promotion of human dignity and of tolerance of group differences – form adopted by the Senate) is available in Romanian language at:

<http://www.senat.ro/legis/PDF/2015/15L534FS.pdf>

The *Propunere legislativă privind promovarea demnității umane și toleranței față de diferențele de grup* – expunerea de motive (Draft Law on the promotion of human dignity and of tolerance of group differences – Explanatory Memorandum) is available in Romanian language at:
<http://www.senat.ro/legis/PDF/2015/15L534EM.pdf>

Eugen Cojocariu, Radio Romania International

UK: Berufung wegen Diffamierung gegen Facebook und Google zurückgewiesen

Facebook UK Limited und Google UK Limited sind nicht die richtigen Beklagten, wenn auf Facebook Fake-Profilen einer Engländerin angelegt oder diffamierende Inhalte über sie gepostet werden. Das hat der England and Wales High Court (Queen's Bench Division) mit U. v. 02.11.15 entschieden – Az.: [2015] EWHC 3154 (QB).

Die Klägerin hatte in zwei verschiedenen, aber ähnlich gelagerten Fällen gegen die beiden sozialen Netzwerke geklagt und einen Verstoß gegen Art. 8 EMRK geltend gemacht. Die Klagen bezogen sich auf Profile und Inhalte, die auf Facebook und dem Google-Blogger-Service veröffentlicht worden waren und den Anschein erweckten, sie stammten von der Klägerin. Die Klägerin machte geltend, die Profile und Inhalte seien von einem Betrüger erstellt worden. Die Beiträge enthielten ihrer Auffassung nach Diffamierungen gegen ihre Person und stellten eine Verletzung ihres Privatlebens dar.

Die Beklagten wiesen demgegenüber darauf hin, dass weder Facebook UK Limited noch Google UK Limited als juristische Personen für die Veröffentlichungen von Inhalten auf ihren Plattformen verantwortlich seien.

Das Gericht folgte dieser Auffassung. Problematisch war schon, dass die Klägerin sich mit ihrer Klage gegen Facebook UK („FBUK“) gewandt hatte. Doch FBUK weist darauf hin, dass es keine Inhalte von Usern kontrolliert, die Kontrollfunktion hätten vielmehr die Muttergesellschaft „Facebook Inc.“ und die Europäische Zentrale „Facebook Irland“ inne. Tatsächlich richtete sich die Klage zwar nur gegen „Facebook“, was sich auf keine der unterschiedlichen Facebook-Gesellschaften bezieht. Deshalb aber kamen die Berufungsrichter zu dem Ergebnis, das Gericht in erster Instanz habe die Klage zu Recht zurückgewiesen.

Zudem betonte das Gericht, die sozialen Netzwerke hätten nicht die Möglichkeit, die dort geposteten Inhalte auf ihre Wahrheit oder Richtigkeit zu kontrollieren. Die Tätigkeit der Netzwerke sei eher passiver und funktionaler Natur und ohne Kenntnis der Nutzerinhalte. Da Facebook UK und Google UK im Hinblick auf die bemängelten Inhalte weder als Verfasser noch als Schädiger eingestuft werden könnten, seien sie auch im Hinblick auf Art. 8 EMRK nicht als Verantwortliche einzustufen, so die High Court Richter.

Auch auf die Entscheidung gegen Google Spain, die die Klägerin ins Feld geführt hatte, die den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung von Daten zum Inhalt hatte – EuGH-U. v. 13.05.14, Az.: C-131/12 – gingen die High-Court-Richter nicht ein: In dieser Entscheidung sei es um Artikel aus der Richtlinie 95/46/EG gegangen, nicht um solche aus der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Die Entscheidung ist online abrufbar:

<http://www.bailii.org/ew/cases/EWHC/QB/2015/3154.html>

Ass. iur. Ingo Beckendorf

US: Jay-Z wins copyright law suit

On 21 October 2015, a US court dismissed a lawsuit filed against musician Jay-Z and music producer Timbaland (“Defendants”) for copyright infringement. A nephew of an Egyptian composer (“Plaintiff”) alleged that Jay-Z used parts of his uncle Hamd’s song "Khosara Khosara" in the song "Big Pimpin" without authorization.

The defendants paid \$100,000 to EMI Music Arabia for the license in 2001 to use parts of the song, which Hamd had earlier sold. The Plaintiff alleged that the defendants failed to ask the composer’s family permission too, a right they argued they are entitled to by Egyptian law, which provides an original composer the right to refuse to grant permission for a use of its works in a manner it finds vulgar or risqué even if they had sold the rights to someone else.

After a week of testimony in a Los Angeles court the judge held that the plaintiffs lacked standing to file the claim because they forfeited their right to sue when they sold the copyright to the song. The attorney for the plaintiff vowed to appeal the ruling.

More information on the case is available in English language at:

http://www.nytimes.com/2015/10/22/business/media/jay-z-and-timbaland-win-copyright-lawsuit-over-big-pimpin-sample.html?_r=0

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.

US: Step-by-Step recipes are not protected by copyright

On 20 October 2015, the Sixth Circuit Court ruled that a cookbook titled the “Tomaydo-Tomahhdo Recipe Book” was not creative enough to warrant a copyright. The case arose after a woman sued her ex-partner for copying certain portions of her recipe book. The trial court found that although the Defendant copied the ingredient lists and cooking instructions there was no copyrightable material taken. Under the Copyright Act recipes and ingredient lists are not copyrightable by themselves but can be copyrightable if they are compiled in a manner that is sufficiently original. The court found that “[the plaintiff] has not shown that any aspect of [her] recipe book is original” because the recipes, the ingredient lists, and the recipe directions were all fact-based. It found her selection and arrangement “a garden-variety white pages directory, devoid of even the slightest trace of creativity” that is similar to a telephone company alphabetizing its listings, which are not copyrightable. While the court made clear that “recipe books can show originality and obtain copyright protection if the ‘authors lace their directions for producing dishes with musings about the spiritual nature of cooking or reminiscences they associate with the wafting odors of certain dishes in various stages of preparation,’” it did not explain the degree that would be necessary to warrant copyright protection.

The verdict is available in English language at:

<http://www.ipintelligence.com/wp-content/uploads/sites/139/2015/10/Recipe-Decision.pdf>

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.

US: NSA ordered to stop surveillance of one citizen

On 9 November 2015, an appeals court ruled that it was “substantially likely” that the bulk metadata collection program (“Program”) first made public by NSA whistleblower Edward Snowden in 2013 is “unlawful,” finding that “the plaintiffs have suffered concrete harm traceable to the challenged program.”

The activist Larry Klayman brought an action against the NSA’s Program, requesting the NSA to stop surveilling him. The judge ordered the NSA to stop the surveillance of the plaintiff. But the judge allowed the US government a period of 3 months to lodge an objection against his decision.

The US government filed an emergency request to allow the National Security Agency to keep collecting telephone metadata, which was granted. The government argued that the order ran the risk of shutting down the whole bulk collection program if a stay was not issued because immediate compliance with the district court’s injunction would effectively require the abrupt termination of the program.

The Court acknowledged that the ruling is largely symbolic because the program was due to end on 29 November 2015. However, the judge said that ruling was still important because of the high stakes involved and that it would not “be the last chapter in the ongoing struggle to balance privacy rights and national security interests under our constitution in an age of evolving technological wizardry.”

The Case is available in English language at:

http://pdfserver.amlaw.com/nlj/NSA_klayman_20151109.pdf

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.

Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

Redaktion:

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)
Franz-Mai-Str. 6
D-66121 Saarbrücken

Telefon +49 681 99275 11

Fax +49 681 99275 12

Mail emr@emr-sb.de

Web www.emr-sb.de

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 01. Februar 2016

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

AL: Albanien	AT: Österreich	AU: Australien
BA: Bosnien-Herzegowina	BE: Belgien	BG: Bulgarien
CA: Kanada	CH: Schweiz	CoE: Europarat
CY: Zypern	CZ: Tschechische Republik	DE: Deutschland
DK: Dänemark	EE: Estland	ES: Spanien
EU: Europäische Union	FI: Finnland	FR: Frankreich
GR: Griechenland	HR: Kroatien	HU: Ungarn
IE: Irland	IN: Indien	IS: Island
IT: Italien	LI: Liechtenstein	MA: Marokko
MD: Moldawien	ME: Montenegro	MK: Mazedonien
MT: Malta	NL: Niederlande	NO: Norwegen
LT: Litauen	LU: Luxemburg	LV: Lettland
PL: Polen	PT: Portugal	RO: Rumänien
RS: Serbien	RU: Russland	SE: Schweden
SI: Slowenien	SK: Slowakische Republik	TR: Türkei
UK: Vereinigtes Königreich	UN: Vereinte Nationen	US: Vereinigte Staaten
UZ: Usbekistan		